Bewegung MASS-VOLL!
CH-8021 Zürich
kontakt@mass-voll.ch
mass-voll.ch

FREUNDE DER VERFASSUNG
AMIS DE LA CONSTITUTION
AMICI DELLA COSTITUZIONE
AMITGS DALLA CONSTITUZIUN

Medienmitteilung vom 5. Februar 2024

Undemokratisch! MASS-VOLL! und die Verfassungsfreunde wehren sich gegen den Abbau von Grundrechten

Die Einführung von Notrecht im Kanton Bern schwächt den Souverän!

Einstimmig hat der Grosse Rat die Verfassungsänderung zwecks Einführung dringlicher Gesetze gutheissen. Sagt das Berner Volk am 3. März Ja zur Einführung dringlicher Gesetze, so kann jedes beliebige Gesetz als “dringlich” erklärt werden. Die Referendumsfrist muss nicht abgewartet werden. Ein solches Gesetz tritt sofort in Kraft. Als dringlich deklarierte Gesetze kommen erst nach einem halben Jahr vors Volk. In diesen 6 Monaten kann eine unbedachte Bestimmung sehr viel Unheil anrichten.

Angriff auf Demokratie abwehren!

Die Bürgerrechtsbewegungen Freunde der Verfassung und MASS-VOLL! erachten diese Verfassungsänderung als demokratiefeindlich. Ist doch genau die Referendumsdemokratie eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft. Sie ist ein bewährtes Prinzip, die Souveränität der Bürger zu stärken und übergriffige Politiker zu bremsen. Hier findet eine schrittweise Umkehrung der Hierarchie statt: Neu ist nicht mehr das Volk der Chef in Bern, sondern die Politiker. Insofern beschneidet die Verfassungsänderung das Mitspracherecht des Volkes. Diese Entwicklung lehnen wir ab. Ein gesundes Staatswesen beschränkt die Macht der Politiker und stärkt die Macht der Bürger. Wir fordern den Ausbau der

Bewegung MASS-VOLL!
CH-8021 Zürich
kontakt@mass-voll.ch
mass-voll.ch

Volksrechte, statt deren schrittweisen Abbau. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass nur durch die starke Stellung des Souveräns die Rechte der Individuen geschützt bleiben.

Unnötig!

Sogenannte dringliche Gesetze waren auch in der Vergangenheit im Kanton Bern nicht notwendig. Für wirklich dringende Anliegen gibt es bereits heute ausreichende gesetzliche Grundlagen, beispielsweise im Fall einer Bedrohung unserer Landesgrenzen. Auf kantonaler Ebene braucht es auch in Zukunft keine solchen dringlichen Gesetze.

Insofern lehnen wir die Verfassungsänderung ab und lancieren eine Kampagne für den Erhalt unseres direkt-demokratischen Erfolgsmodells.

Weitere Auskünfte erteilen:
Franz Böni, Kampagnenleiter (076 349 13 86) sowie Urs Ramseier, FdV (079 696 40 89).